



Rückblick und Ausblick

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,
2014 ist in wenigen Tagen Geschichte und weil 2015 wieder den ganzen Mann und die ganze Frau fordern wird, werden die Ereignisse dieses Jahres schnell verblassen. Dennoch oder gerade deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, und an das ein oder andere Ereignis in diesem Jahr erinnern, und dort, wo es möglich ist, einen Ausblick zu geben.**

Wenn ich das Jahr 2014 mit wenigen Schlagwörtern beschreiben sollte, dann fallen mir auf Anheb Personalabbau, Demografie, Krankenstand und Gewalt gegen Polizisten ein – das waren Themen, die uns täglich beschäftigten. Und sie werden uns auch weiterhin beschäftigen.

Dank des im Jahr 2000 durch Innenminister Timm (SPD) durchgepeitschten Personalabbaus, auch „Personalentwicklungskonzept“ genannt, mit dem fast 20 Prozent aller Stellen bei der Landespolizei gestrichen wurden, dürfen wir uns heute in allen Dienststellen mit hoher Mehrarbeitsbelastung, Arbeitsverdichtung, extrem hohem Krankenstand und Überalterung herumplagen. Nun geht es mir nicht darum, ständig alte Kamellen aufzuwärmen. Ich erwähne die Ursachen für die heutige Misere nur, weil die Hirngespinnste, die einen Gottfried Timm damals umtrieben, hochvirulent sind und bereits bereitwillige Nachahmer fanden. So betet Finanzministerin Heike Polzin konsequent die Litanei ihrer Vorgängerin nach und fordert erneut den Abbau von 250 Stellen in den kommenden fünf Jahren. Zurzeit schützt uns nur die in der Koalitionsvereinbarung verabredete Evaluation der Landespolizei und das Stehvermögen von Innenminister Caffier. Aber auch Innenminister neigen gelegentlich zum Umkippen. Für die Landespolizei hätte das fatale Folgen.

Eines ist aber bereits heute sicher – die Politik wird uns auf Trab halten!

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sattelt Bündnis 90/Die Grünen schon die nächste Sau. Nach Polizeihubschraubern, Dienstwaffen und Kennzeichnungspflicht kann man gespannt sein.

Die Gewerkschaft der Polizei wird wie in diesem Jahr sicherlich auch im kommenden Jahr die eine oder andere

Anhörung im Innenausschuss zu bestreiten haben. Wenn es in diesem Jahr um die Evaluation der Polizeistrukturreform 2010 ging, dann wird 2015 sicherlich das Jahr der Personaldebatten.

Polizeihaushalt und Personalentwicklung werden die Diskussion bestimmen. Die Landespolizei braucht keinen weiteren Stellenabbau, sondern eine Personalentwicklung, die auch diesen Namen wert ist. Dazu gehört die Aufweitung des Einstellungskorridors, also die verstärkte Gewinnung von Nachwuchs, genauso wie beispielsweise die Einführung einer neuen Altersteilzeitregelung. Nur in der Einheit beider Maßnahmen können wir den Altersdurchschnitt in der Landespolizei wieder senken. Bis dahin müssen wir versuchen, den Arbeitsplatz – Polizei – so umzubauen, dass auch lebensältere und eingeschränkt leistungsfähige Kolleginnen und Kollegen ihren Platz finden. Vieles ließe sich mit Maßnahmen des Gesundheitsmanagements einrichten, entsprechende Vorschläge liegen auf dem Tisch, für anderes müssen wir neue Wege gehen. Dazu gehört für mich auch die Attraktivität des Polizeiberufs. Diese drückt sich zuvorderst selbstverständlich in Beförderungen aus. Und da kann man nicht erfolgreiche Beförderungen im gehobenen und höheren Dienst anführen, wie es das Innenministerium gern tut, und den mittleren Dienst dabei ausblenden. Nach wie vor und in einigen Dienststellen verstärkt, gehen Kolleginnen und Kollegen aus A 8 in den Ruhestand. Das ist schon lange ein Unding und gehört längst auf den Schrotthaufen der Geschichte. Aber attraktiv wird der Po-



Landesvorsitzender Christian Schumacher

lizeiberuf nicht nur durch Beförderungen. Freizeit beispielsweise gewinnt für viele Menschen immer mehr an Wert. Deshalb gehören Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenso wie Lebensarbeitszeitkonten auf die Tagesordnung.

Vor wenigen Wochen veröffentlichte der Bundesinnenminister sein Bundeslagebild „Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte, wonach sich im Berichtszeitraum 2013 die Gewalt auf hohem Niveau eingeepegelt hat. Auch Mecklenburg-Vorpommern macht dabei keine Ausnahme. 415 „bekannt gewordene Delikte“ sprechen eine deutliche Sprache. Außerdem stellt diese Statistik ohnehin nur die Spitze des Eisbergs dar, denn nach wie vor gibt es Schwierigkeiten bei der Erfassung. Andere Delikte, wie z. B. Beleidigungen, die stets und ständig auf der Tagesordnung stehen, kommen häufig überhaupt nicht zur Anzeige. Gewalt gegen Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte wird uns auch im kommenden Jahr beschäftigen, ob bei Fußballspielen, Demonstrationen oder gar bei den zunehmenden Auseinandersetzungen von Hooligans und Sala-

Fortsetzung auf Seite 2



KOMMENTAR

Fortsetzung von Seite 1

fisten. Die Gewerkschaft der Polizei ist aber mehr als nur politischer Interessenvertreter und gefragter Ansprechpartner von Politik und Medien.

In diesem Jahr haben wir eine Reihe interessanter Verfahren vor Gericht vertreten und gewonnen – sei es das Tagegeld der Kurierfahrer oder Verfahren zum Schutz unserer Seniorinnen und Senioren, die erhebliche Rückzahlungen verhinderten. Die Höhergrup-

perierung unserer Lehrerinnen und Lehrer an der FH steht noch aus. Das Verfahren läuft und findet 2015 hoffentlich seinen erfolgreichen Abschluss.

Disziplinarverfahren stehen ständig auf der Tagesordnung. Dabei wird unser Augenmerk in den nächsten Jahren dem Ausbau von Disziplinarverteidigern gelten. Es hat sich gezeigt, dass Kollegen häufig deutlich besser als Rechtsanwälte ihre Kolleginnen vertreten können. Allerdings wird sich dabei nichts an unserer Rechtsschutzordnung ändern. Wer einen Rechtsanwalt will, bekommt ihn auch.

Demmin und Stralsund hat sich gezeigt, dass es eben nicht nur um die konkrete Betreuungsmaßnahme wie Kaffee, Kuchen und Co. geht, sondern dass es auch wichtig ist, den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppierungen zu zeigen, dass die GdP vor Ort ist.

Abschließend möchte ich heute die Gelegenheit nutzen, um mich bei allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für ihre hervorragende und engagierte Arbeit zu bedanken. Viele unserer Leistungen, ob Seminare, Einsatzbetreuung, Rechtsberatung oder Betreuung unserer Polizeischüler, werden im Ehrenamt erbracht. Viele Kolleginnen und Kollegen investieren einen großen Teil ihrer Freizeit. Und dafür möchte ich allen danken.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe Januar 2015 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 28. November 2014. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

2015

Ganz oben auf unserer Liste stehen auch im kommenden Jahr unsere gewerkschaftlichen Betreuungseinsätze. Wie in diesem Jahr bei Demonstrationen in Demmin, Stralsund, Güstrow oder Rostock sowie bei allen Problemspielen des FC Hansa – die GdP ist für EUCH vor Ort. Insbesondere nach der Kritik unserer Polizeieinsätze in

Frohes Weihnachtsfest

Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen und ihren Familien einige ruhige, besinnliche Festtage und uns allen ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2015. Euer Christian Schumacher



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 20 84 18-10
Telefax: (0385) 20 84 18-11

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH

KG Stralsund

Am 6. November 2014 wurde Maik Janicki zum neuen GdP-Kreisgruppenvorsitzenden in Stralsund gewählt. Der Landesvorsitzende Christian Schumacher gratulierte ihm zur Wahl.



KG Greifswald

„Monde und Jahre vergehen, aber ein schöner Moment leuchtet das Leben hindurch“ (Franz Grillparzer)

Wir gratulieren unseren Geburtstagskindern Thorsten Dietrich, Nikolaus Kramer, Mario Kröger, Jeannette Foth, Thomas Schröder und Raphael

Wittek recht herzlich zum Geburtstag, verbunden mit den besten Wünschen, Glück und vor allem Gesundheit im neuen Lebensjahr.

Weiterhin wünschen wir euch und natürlich auch all unseren anderen Mitgliedern ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr!
Euer Kreisgruppenvorstand

JUNGE GRUPPE M-V

Glückwunsch auch unserer JUNGEN GRUPPE zur gelungenen Blaulichtfete, die am 29. Oktober im Rostocker LT-Club stattgefunden hat.



DER LANDESVORSTAND

Gewalt gegen Polizisten in M-V weiterhin auf bedenklich hohem Niveau

Es gibt keine Entwarnung: Die Polizistinnen und Polizisten in Mecklenburg-Vorpommern sind nach wie vor sehr häufig gewalttätigen Angriffen auf bedenklich hohem Niveau ausgesetzt, stellt der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, fest. In Mecklenburg-Vorpommern gab es im Jahr 2013 415 erfasste Fälle von Gewalt gegen Polizisten/-innen (-22 Fälle). „Das ist nur ein leichter Rückgang, nachdem 2012 die Fallzahlen auf 437 Fälle gestiegen sind“, erklärte Schumacher. Somit wird statistisch – gesehen – jeden Tag mindestens eine Gewalttat gegen PolizistInnen in Mecklenburg-Vorpommern ausgeübt.

Für die GdP ist trotz der Übergriffe und die Schwere der Verletzungen ein alarmierendes Signal. Aus diesem Grund drängen wir darauf, auch in Zukunft die personelle Ausstattung und die Qualität der Aus- und Fortbildung für den Streifendienst auf einem hohen Niveau zu halten. „Wichtig ist außerdem, dass die Strafe möglichst rasch erfolgt“, fordert Schumacher. Die GdP erwartet zudem, dass die Politik gesetzlichen Rahmenbedingungen für ein konsequenteres Vorgehen der Gerichte gegen die Gewalttäter schafft. „Wir brauchen endlich die Einführung des § 115 im Strafgesetzbuch, mit dem Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungssanitäter, die während ihres Dienstes angegriffen werden, unter den besonderen Schutz des Staates gestellt werden.“

| Landkreis/Stadt | Fälle 2013 | Fälle 2012 | +/- |
|------------------------------------|------------|------------|-----|
| Landkreis Rostock | 36 | 50 | -14 |
| Landkreis Nordwest-Mecklenburg | 20 | 25 | -5 |
| Landkreis Ludwigslust-Parchim | 38 | 35 | +3 |
| Landkreis Mecklenburger Seenplatte | 68 | 77 | -9 |
| Landkreis Vorpommern-Greifswald | 68 | 55 | +13 |
| Landkreis Vorpommern-Rügen | 54 | 74 | -20 |
| Schwerin | 47 | 43 | +4 |
| Rostock | 84 | 78 | +6 |
| Gesamt | 415 | 437 | |

Quelle: Bundeslagebild 2013 – Fall- und Häufigkeitszahlen beim Widerstand gegen PVB

KREISGRUPPE ANKLAM

Gewalt gegen Polizisten im Landkreis Vorpommern-Greifswald hat zugenommen

In Landkreis Vorpommern-Greifswald gab es im Jahr 2013 68 erfasste Fälle von Gewalt gegen Polizisten/-innen (+ 13 Fälle). Die GdP-Kreisgruppe Anklam sieht sich durch den erneuten Anstieg der Gewalt gegen Polizisten in ihrer Forderung bestätigt, dass Politik und Justiz konsequenter gegen diejenigen vorgehen müssen, die Polizisten angreifen.

Der GdP-Kreisgruppenvorsitzende Bialecki: „Gewalt gegen Polizisten ist längst zu einem Phänomen geworden, zu etwas scheinbar Normalem. Das ist eine Entwicklung, zu der die Politik nicht schweigen darf.“

Die Polizisten treffe es überwiegend bei Einsätzen zur häuslichen Gewalt und bei der Schlichtung von Streitereien in der Öffentlichkeit. Ein

Großteil der Vorfälle ist nachts zu verzeichnen gewesen – sehr oft in Verbindung mit Alkohol, nach Alarmierungen etwa wegen Ruhestörung oder einem Familienstreit. „Je später die Nacht, umso stärker sinkt die Hemmschwelle“, so Bialecki weiter. Erinnern möchte ich nur an den gewalttätigen Angriff am 4. 11. 2013 in Zemitz bei Wolgast. Sie wurden durch

zwei mehrfach polizeibekannte Täter schwer verletzt. Die Beamten begaben sich zuvor zu einem Sachverhalt von unzulässigem Lärm nach Zemitz und wurden nach Öffnung der betreffenden Wohnungstür unvermittelt von zwei Männern mit Fußtritten und Schlägen angegriffen.

Die Gewerkschaft der Polizei sieht die Politik und die Justiz in der Pflicht. Die vorhandenen Möglichkeiten zur Ahndung von Angriffen auf Polizeibeamte und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte müssen konsequenter genutzt werden. Zudem fordert unsere Gewerkschaft die Einführung eines § 115 im StGB, mit dem Polizeibeamte auch geschützt werden, wenn sie nicht unmittelbar dienstlich tätig werden. Des Weiteren führt der stetige Personalabbau dazu, dass immer weniger Polizeikräfte zur Verfügung stehen – dies verschärft die Situation zusätzlich.

Der GdP-Kreisgruppenvorstand Anklam



Seminar über neue Dienstvereinbarungen durchgeführt

Vom 15. 9. bis 18. 9. 2014 trafen sich die Tarifbeschäftigten in Benitzsch bei Rostock zu einem Tarifseminar. Es war wie immer sehr gefragt, das Interesse zur Teilnahme war hoch und von der Themenplanung war es sehr interessant und vielseitig. Das Seminar wurde zum Thema Dienstvereinbarung zwischen dem Ministerium für Inneres und Sport und dem HPR der Polizei zur Regelung der Teilnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an Qualifizierungsmaßnahmen, zur Durchführung des Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) in der Polizei und zum Entgelt im Krankheitsfall gemäß TV-L durchgeführt.

Die Seminarinhalte waren sehr vielseitig und umfangreich. Zum BEM wurde Fragen zum Ablauf des Verfahrens, zur Beteiligung der betrieblichen Interessenvertretung, Mitbestimmungsrechte des Personalrates beim BEM und die möglichen Aufgaben bei der komplexen Aufgabenstellung der betrieblichen Interessenvertretung beim BEM, die Kommunika-

tion mit der Belegschaft abgearbeitet. Zum Thema „Entgelt im Krankheitsfall“ wurden die Fragen: Wo ist die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall geregelt? Was sind die Voraussetzungen für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall? Was geschieht nach Ablauf von sechs Wochen? Wer hat Anspruch auf mehr als sechs Wochen Entgeltzahlung? Wie sind die Fristen?



und wie läuft das mit dem Krankengeldzuschuss?

So informierte der Vorsitzende des Hauptpersonalrates, Heinz Woisin, uns ausführlich über den Zusammenhang und den Sinn der Dienstvereinbarung „BEM“ – die DV ist ein Hilfsangebot für die Beschäftigten, sie soll den Beschäftigten helfen, wieder in den Arbeitsprozess reinzukommen

Anzeige

POLIZEI Gewerkschaft der Polizei
DEIN PARTNER

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Mecklenburg-Vorpommern haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Mecklenburg-Vorpommern zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
Antje.Kleuker@VDPolizei.de

www.VDPolizei.de



aber auf alle Fälle nicht vorzeitig das Ruhestandsverfahren einzuleiten. Danach ging der HPR-Vorsitzende noch einmal auf den Inhalt der Dienstvereinbarung ein und erläuterte mit uns die anfallenden Verständnisfragen. Es entfachte sich eine sehr lebhaft diskussion: Welche Informationen muss die Dienststelle den Personalräten liefern? Bezugnehmend auf den § 61 PersVG ist die Dienststelle verpflichtet, die Personalräte zu informieren.

Auch unser Landesvorsitzender Christian Schumacher machte einige Ausführungen zur gewerkschaftlichen Situation im Land und bedankte sich bei den Referenten für die Vorbereitung des Tarifseminars und bei Rosemarie Hartmann-Woisin für ihren aktiven Anteil, dass die Dienstvereinbarung „Qualifizierung“ zustande gekommen ist.

Christian Schumacher stellt noch einmal klar, welche Bedeutung die Ta-



BILDUNG

rifbeschäftigten im Land haben, welche bedeutenden und wichtigen Stellenwert unsere Arbeitnehmer haben – bezugnehmend auf die bevorstehende Einkommensrunde – die Tarifverhand-



lungen 2015 – „... die Beamtenschaft ist nichts ohne die Arbeitnehmer in unserer Polizei – denn die Tarifbeschäftigten sind das Rückgrat der Gewerkschaft!“ Der dritte Tag des Seminars zum Thema „Entgelt im Krankheitsfall“ war sehr interessant. In einer sehr intensiven Diskussion, woran sich alle beteiligten, ging es zum Beispiel um die Fragen, wie schon genannt: Wie lange wird im Falle einer Krankheit das Entgelt gezahlt? Oder was geschieht nach Ablauf von sechs Wochen? Oder ganz interessant war, wer hat Anspruch auf mehr als sechs Wochen Entgeltfortzahlung?

Durch die Referenten Siegmund Brandt und Rosemarie Hartmann-Woisin wurde das Seminar interessant gestaltet. Danke ist unserem Rolf Thiel zu sagen, der wie immer sein fundiertes Fachwissen an uns vermittelte.

Wir freuen uns schon auf das kommende Seminar.

Rosemarie Hartmann-Woisin,
Vorsitzende LFBV „Tarif“



DER LANDESVORSTAND

Ein guter Tag für die Polizei

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, wertete das heutige Ergebnis der Debatte um die Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten als einen guten Tag für die Polizei.

Schumacher wörtlich: „Es tut gut, dass sich die CDU in der parlamentarischen Debatte durchgesetzt hat, trotz des Widerstandes einzelner Sozialdemokraten. Für solche Fälle gibt es klare Absprachen im Koalitionsvertrag. Ich bin auch dem Parlamentarischen Geschäftsführer der Partei DIE LINKE, Peter Ritter, dankbar, der in der Debatte deutlich machte, dass es nicht erst eines Antrages der Grünen bedurfte. Die GdP steht schon seit Jahren mit den Parlamentariern in der Diskussion.“

Schumacher weiter: „Aber ich meine, inzwischen sind alle Argumente ausgetauscht und es wird Zeit, sich den wirklich drängenden Problemen zuzuwenden. Seit Jahren kämpft die

Polizisten sind keine Straftäter!
gegen eine ~~0815~~ Kennzeichnungspflicht

Landespolizei gegen einen Tod auf Raten. Die Personalsituation der Landespolizei muss endlich in die parlamentarische Debatte. Und dabei geht es uns auch nicht mehr um irgendwelche diffusen Argumente Pro und Kontra, sondern um Lösungen.“

LANDESSENIORENVORSTAND

Traditioneller Tag der Senioren in Swinemünde

Selbstverständlich war es auch in diesem Jahr für uns, die Einladung des Vorsitzenden des Rentnervereins der polnischen Polizei in Swinemünde, Ryszard Churawski, zum Tag der Senioren anzunehmen.

Mit einer kleinen Delegation aus der Kreisgruppe Neubrandenburg, da waren Regina Terrey, Wolfram Beranek und Renate Randel, erlebten wir am 29. 10. 2014 die traditionelle Festveranstaltung im Stadtkulturhaus. Die würdigen Worte zu diesem Tag wurden vom Stadtpräsidenten Janusz Zmurkiewicz gesprochen und durch ihn auch verdienstvolle Senioren und Bürger, die sich in der Seniorenarbeit verdient gemacht haben, geehrt.

Besonders ausgezeichnet wurde Ryszard Churawski vom Präsidenten der Pensionärs- und Rentnergenossenschaft der Polizei Szczecin, Henryk Karcz, für sein herausragendes Engagement als Vorsitzender seines Vereins.

Ein anschließend mitreißendes Kulturprogramm und eine Kaffeetafel rundeten die Veranstaltung ab.

Wir nutzten den Tag, um Ryszard Churawski (siehe Foto) nachträglich



zu seinem 80. Geburtstag zu gratulieren und beendeten nach ein paar Stunden geselligen Zusammenseins mit dem Jubilar, seiner Ehefrau, Henryk Karcz und Ehefrau sowie Senioren vom Wolgaster Sozialverband unseren Besuch in Swinemünde. Natürlich nicht, ohne uns für die Gastfreundschaft zu bedanken und weitere Treffen zu vereinbaren.

Renate Randel,
stellv. Landesseniorenvorsitzende



DER LANDESVORSTAND

Kritik von Bündnis 90/Die Grünen geht wieder einmal deutlich an der Realität vorbei

Die Bewertung des Stralsunder Polizeieinsatzes am 11. Oktober 2014 durch den Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen im Schweriner Landtag, Jürgen Suhr, geht nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) um Meilen an der Realität vorbei.

„Wenn Herr Suhr die Auffassung vertritt, der Polizeieinsatz wäre ‚überzogen und unangemessen‘ gewesen, dann muss ich ihm in aller Deutlichkeit widersprechen. Meine Kolleginnen und Kollegen schützten in Stralsund am Sonnabend das Demonstrationsrecht“, so der Landesvorsitzende der GdP, Christian Schumacher.

„Wir waren uns der Sensibilität des Polizeieinsatzes durchaus bewusst, letztendlich auch vor dem Hintergrund der Diskussionen um angebliches Fehlverhalten von Polizisten in geschlossenen Einsätzen, die permanent von den Grünen befeuert wird. Deshalb war ich am Samstag mit einem GdP-Betreuungsteam vor Ort und habe mich u. a. auch auf dem Olof-Palme-Platz vom polizeilichen Handeln überzeugt. Dabei kann ich die Wahrnehmung von Herrn Suhr nicht bestätigen. Nach der ersten Ansprache durch die Polizei kam es unter den Demonstranten zu Geschubse und Gedrängel. Dass eine Polizeiket-

te in einem solchen Fall reagiert, ist normal und verständlich. Ich habe aber auch Verständnis dafür, dass sich Demonstrationsteilnehmer in solch einer Situation bedroht fühlen“, so Schumacher weiter.

Für die GdP ist aber auch wieder einmal bezeichnend, dass Bündnis 90/Die Grünen stets und ständig die Fehler bei der Polizei sucht und dabei alles andere ausblendet.

Viele Kolleginnen und Kollegen fragen sich zu Recht, was Sturmhauben, Kubotan-Schlagstöcke, Pfefferspray oder das Durchbrechen von Polizeiketten auf friedlichen Demonstrationen zu suchen haben.

Auch die Schweriner Erklärung der demokratischen Fraktionen beinhaltet nicht nur Verpflichtungen für Polizisten, sondern auch für Demonstrationsteilnehmer.

Null Verständnis bringen wir dafür auf, dass wieder Polizistinnen und Polizisten mit Sprechchören wie „Deutsche Polizisten schützen die Faschis-

ten“ verhöhnt und beleidigt wurden und ein Landespolitiker einfach darüber hinweghört.

GdP vor Ort



Der Landesvorstand und die Kreisgruppe Stralsund führten vor Ort einen Betreuungseinsatz durch.

KREISGRUPPE SCHWERIN

Betreuung vor Ort

Wir als Gewerkschaft der Polizei sind für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizei in verschiedensten Situationen und bei schwierigen Fragen eure richtigen Ansprechpartner. Zudem sind wir aus unterschiedlichen Anlässen vor Ort. So war die GdP auch am Wochenende beim „Martinimarkt“ in Parchim an der Basis.

Aus Anlass des größten norddeutschen Jahrmarktes mit 80 Schaustellern und Tausenden zu erwartenden Gästen, führte die Polizeiinspektion Ludwigslust zeitweise mit insgesamt 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus allen Dienststellen der Polizeiinspektion Ludwigslust und mit Unterstützung einer Gruppe aus der Polizeiinspektion Rostock einen polizeilichen Einsatz zur Absicherung der



Großveranstaltung durch. Für uns als Kreisgruppe Schwerin war es somit selbstverständlich, die eingesetzten



Polizeibeamten mit selbst gebackenem Kuchen und geeigneter Nervenahrung (Gummibärchen) vor Ort zu versorgen. Unser Dank gilt den Akteuren vor Ort für die Betreuung und den eingesetzten Mitarbeitern, die dazu beigetragen haben, den „Martinimarkt“ zum Erlebnis für die ganze Familie zu machen.

Euer Kreisgruppenvorstand



LANDESSENIORENVORSTAND

Jahrestagung der Landesseniorenvorsitzenden des Norddeutschen Bundes

Mitte Oktober trafen sich die Vorsitzenden des Bundesseniorenvorstandes der Länder des Nordverbundes in Bremen zur jährlichen Arbeitstagung. Wolfgang Karzenburg, Bremer Seniorenvorsitzender, begrüßte die Vertreter der Länder Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern recht herzlich zur Tagung.

Der Berliner Teilnehmer konnten aufgrund des Lokführerstreiks leider nicht anreisen. Der Landesvorsitzende Bremens, Jochen Kopelke, informierte über die aktuelle Lage und verwies auf Erfolge beim Kampf gegen die von der Bremer Bürgerschaft verordnete Nullrunde für Beamte der höheren Besoldungsgruppen.

Im Mittelpunkt der Arbeitstagung stand die weitere Verbesserung der Seniorenarbeit, u. a. durch eine bessere Zusammenarbeit bei Informations- sowie kulturellen Veranstaltungen. Aktuelles aus den Landesbezirken verdeutlichte Probleme der Kollegen im aktiven Dienst und die daraus resultierenden Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit. Beispielsweise, dass Ergebnisse der Tarifverhandlungen auch vollumfänglich bei den Beschäftigten und den Versorgungsempfängern ankommen müssen, so die einhellige Meinung der Tagungsteilnehmer.

Berichte aus den Gremien, die Darstellung der Besonderheit der Organisation des Landesbezirks Bremen sowie die Auswertung der diesjährigen Bundesseniorenreise standen auf der Tagesordnung. Öffentlichkeitsarbeit im Seniorenbereich ist im Wesentlichen in den neuen Medien angekommen. Es sollte aber weiterhin beachtet werden, dass viele ältere Senioren diese nicht nutzen. Der Erfahrungsaustausch zur Seniorenbetreuung verdeutlichte, dass in den Flächenländern die Betreuung der Senioren in erster Linie bei den Kreisgruppen angebunden ist, welche Initiatoren der Seniorenarbeit sind. Die Materialien für APS 2 – dem Programm „Anspruchspartner für Senioren“ – sollen demnächst zur Verfügung gestellt werden.

Ein kurze informative Stadtführung durch die Bremer Kollegen führte nach der Tagung durch das historische Zentrum von Bremen und endete im Schnoorviertel, wo der Abend gemütlich ausklang.

Im Ergebnis der Tagung plant Klaus-Peter Leiste, Seniorenvorsit-



zender des Landesbezirks Hamburg, die erste Veranstaltung des Norddeutschen Bundes für alle Senioren der Landesbezirke. Diese Veranstaltung soll Anfang Juni in Hamburg stattfinden. Nähere Informationen erfolgen zeitgerecht.

Einstimmige Auffassung aller Tagungsteilnehmer war und ist, die Zusammenarbeit weiterhin zu intensivieren. Es wurde beschlossen, die nächste Tagung in Schleswig-Holstein durchzuführen.

Peter Anders

SOCIAL MEDIA

GdP M-V auf Facebook



Klickt Euch „rein“ werdet Freunde. Und nicht vergessen, wenn's Euch gefällt: Klickt auf den „gefällt mir“-Button.

www.facebook.com/gdp.mv

HINWEIS

Änderungsmitteilung

Solltet Ihr umgezogen sein oder Eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle.

**Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Landesbezirk M-V
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin,
oder:
– per Fax an: 03 85/20 84 18-11
– per E-Mail: GdPMV@gdp-online.de**

Eure GdP-Landesgeschäftsstelle



RECHTSSCHUTZ

Wenn dir Unheil widerfährt – wird dir GdP-Rechtsschutz gewährt

– Verwaltungsgericht hebt Disziplinarverfügung auf –

Der GdP-Rechtsschutz ist und bleibt einer der wichtigsten (neben vielen anderen) Leistungen, auf die unsere Mitglieder einen verbrieften Anspruch haben. Und das auch in scheinbar schwierigen Situationen. Wer hatte als Polizeivollzugsbeamter nicht schon mal einen solchen Alptraum:

Für einen kleinen Arbeitsfehler wird die ganz große Keule des Dienstrechtes herausgeholt und ehe man sich versieht, hält man die Disziplinarverfügung in der Hand und wird mit einer „saftigen“ Geldbuße belegt. Gut zu wissen, dass die Gewerkschaft der Polizei nicht nur ausgezeichnete Verbindungen zu erstklassigen Anwälten besitzt, sondern auch Kollegen in ihren Reihen hat, die sofort und unkompliziert als Disziplinarverteidiger einspringen können. Immer unter dem Motto: „Kollegen helfen Kollegen. So konnte unser Kollege sich während des laufenden Disziplinarverfahrens und im Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht auf den Beistand durch einen Vertreter der



Gewerkschaft der Polizei verlassen, da er während des gesamten Verfahrens fachkompetent beraten und vertreten wurde. In seiner Entscheidung bestätigte das Verwaltungsgericht unsere Rechtsauffassung zum Sachverhalt vollständig und hat die Diszi-

plinarverfügung aufgehoben und das Verfahren eingestellt.

Unser Kollege muss die Geldbuße nunmehr nicht zahlen!!!

Recht haben und Recht bekommen sind in unserer Gesellschaft, wie das Sprichwort so schön beschreibt, zwei Paar verschiedene Schuhe.

Gut zu wissen, dass sich unsere GdP-Mitglieder auf die Rechtsschutz-zusage zu jeder Zeit und völlig unkompliziert verlassen und auf kompetente Rechtsanwälte und Disziplinarverteidiger zurückgreifen können.

**Jörn Liebig,
Mitglied des Landesvorstandes und
Verantwortlicher für
Rechtsschutzangelegenheiten**

DER LANDESVORSTAND

„Kollege kommt gleich“ – Bevölkerung bei der inneren Sicherheit nicht alleinlassen!

„Lange Wartezeiten auf einen Streifenwagen sind keine Seltenheit, Interventionszeiten von bis zu 45 Minuten keine Ausnahme mehr“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, in einem Pressegespräch am 4. November 2014.

Ursächlich ist der seit mehr als einem Jahrzehnt stattfindende permanente Abbau von Polizistinnen und Polizisten in unserem Land, so Schumacher weiter.

Schutz vor Gewalt und Kriminalität

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erwarten zurecht, dass der Staat sie vor Gewalt und Kriminalität schützt. Polizeiliche Präsenz muss



rund um die Uhr wahrzunehmen sein und nicht nur bei bundesweiten „Blitzmarathons“. Die Landesregierung muss sich deshalb fragen lassen,



ob sie in Zukunft Kriminalität verwalten oder Sicherheit gewährleisten will.

Warnung an die Landesregierung

Vor diesem Hintergrund warnt die GdP die Landesregierung eindringlich davor, weiteres Personal bei der Polizei abzubauen.

Der Landesvorstand

